



öffentlich

Betreff:

Begrenzung von Geschäftsführergehältern in städtischen Betrieben

Einreicher: Fraktion Die Andere

Erstellungsdatum 09.05.2011

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.06.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien der städtischen Betriebe werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass in den kommunalen Unternehmen keine Arbeitsverträge mehr abgeschlossen werden, durch die Geschäftsführer/innen oder leitende Angestellte höhere Gehälter bzw. Bezüge erhalten als der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In den letzten Jahren ist bundesweit häufig über eine angemessene Begrenzung von Geschäftsführergehältern diskutiert worden. Die Offenlegung der Geschäftsführergehälter ist seit Jahren in Potsdam trotz klarer Beschlusslage nicht erfolgt.

Daher halten wir es für zielführend, für die städtischen Betriebe in Potsdam eine Höchstgrenze für diese Gehälter festzulegen.

Das Einkommen des Oberbürgermeisters erscheint uns als absolute Obergrenze geeignet, weil dieser nicht nur als Gesellschaftervertreter die Verantwortung für alle städtischen Betriebe wahrnimmt, sondern darüber hinaus eine große Verwaltung leitet und die Stadt Potsdam repräsentiert und rechtlich vertritt.